

# «Die Polizei musste beim Schulhaus eingreifen»

**Amokdrohung als Tiktok-Challenge** Laurent Sedano, Experte für Medienkompetenz, erklärt, weshalb Trends auf digitalen Plattformen ernst genommen werden müssen.

**Julia Konstantinidis**

Auf Tiktok wird ein Trend verbreitet: In Toiletten von Schulen werden Amokdrohungen an Wände geschrieben oder entsprechende Plakate aufgehängt. Schweizweit wurden bereits mehrere solche Vorfälle in Schulen gemeldet. In Basel fand man letzte Woche eine Drohung an der Sekundarschule Wasgenring für die Schulstandorte Wasgenring und Vogesen. Diese löste gestern einen Polizeieinsatz beim Vogesen-Schulhaus aus.

Laurent Sedano ist Geschäftsleiter des Basler Vereins «Reden über Medien», der sich mit dem Einfluss der Digitalisierung und der Mediatisierung auf das Leben von Jugendlichen auseinandersetzt. Er ordnet die Drohungen ein.

**Laurent Sedano, wie sollen Erwachsene reagieren auf diese irritierende Tiktok-Challenge, die Jugendliche dazu verleitet, Amokdrohungen zu hinterlassen?**

Jugendliche brauchen Kontext, um solche Trends einzuordnen. Sie müssen wissen, welche Folgen eine Drohung haben kann. Zum Beispiel, dass dann andersorts Polizistinnen fehlen oder beim Einsatz etwas schiefgehen kann. Entwicklungspsychologisch ist es aber wichtig, zu wissen, dass Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren längerfristige Folgen ihres Handelns noch nicht immer rational einschätzen können. Grundsätzlich sind es Aktionen von Jugendlichen, die vor fünf Jahren auch auf Whatsapp hätten viral gehen können. Dass es nun Tiktok ist, liegt daran, dass Jugendliche diese Plattform derzeit bevorzugt benutzen.

**Also sollen die Schulleitungen das Ganze als schlechten Scherz abtun?**

Nein. Das ist ja das Tragische an einer solchen Drohung: Sie muss von der Polizei ernst genommen werden. Die Polizei musste beim



Kleines Gerät, grosse Wirkung: Drohungen, die auf digitalen Plattformen gepostet werden, verbreiten sich rasend schnell. Foto: 20min/Michael Scherrer



Laurent Sedano: Jugendlichen müssen die Folgen ihres Handelns aufgezeigt werden. Foto: PD

Schulhaus eingreifen. Potenziellen Tätern müssen die Grenzen ihres Handelns aufgezeigt werden. Jugendliche denken nicht daran, dass sie anderen direkt schaden könnten – etwa indem ein echter Alarm nicht mehr ernst genommen würde. Gleichzeitig sind ein gewisses Mass an Verständnis für die Jugendlichen und Gesprächsbereitschaft nötig. Lehrpersonen müssten in den betroffenen Klassen auch zeitnah über die Vorfälle und den Umgang mit Trends aus digitalen Plattformen sprechen. Dafür sind allerdings oft zu wenig Ressourcen vorhanden.

**Wie gut wird Medienkompetenz an Basler Schulen vermittelt?**

Die Schulen haben in den vergangenen Jahren einen grossen Schritt gemacht, sie erhalten auch Ressourcen für die Medienschulung. Sie ist aber nicht nur eine Aufgabe der Schule, sondern von uns allen. Die Eltern tragen eine grosse Last. Sie müssen vom Staat vermehrt Unterstützung erhalten. Es braucht mehr Information und Aufklärung in allen Lebensbereichen. Auch andere Berufsgruppen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, müssen gezielter für das Thema sensibilisiert und geschult werden.

Heute ist es immer noch eher Zufall, wie gut beispielsweise eine Sozialpädagogin im Jugendtreff über den Umgang mit digitalen Medien Bescheid weiss.

**Weshalb ist das so?**

In der Verwaltung und der Wirtschaft wird die Digitalisierung strategisch vorangetrieben, auch weil die nötigen finanziellen Mittel dafür vorhanden sind. Im Sozial- und Bildungsbereich ist dies oft nicht der Fall. Im Gegenteil, da gibt es momentan sogar Sparpläne.

**Es braucht also noch viel Aufklärungsarbeit bei**

**«Die Eltern tragen eine grosse Last. Sie müssen vom Staat vermehrt Unterstützung erhalten.»**

**Laurent Sedano**

Geschäftsleiter des Basler Vereins «Reden über Medien»

**Erwachsenen und Jugendlichen. Aber wie sieht es mit juristischen Möglichkeiten aus, Auswüchse im Netz zu verhindern?**

In Europa ist letztes Jahr mit dem «Digital Service Act» ein Gesetz in Kraft getreten, das strengere Regeln für grosse Online-Plattformen verlangt (Unternehmen müssen etwa Inhalte wie Hassrede, Gewaltaufrufe oder Terrorpropaganda schnell entfernen, wenn sie darauf hingewiesen werden, Anmerkung d. Red.). Die Schweiz kennt bislang kein vergleichbares Gesetz, sondern bezieht sich auf das EU-Recht.

**Wie gut lassen sich Online-Plattformen überhaupt überprüfen?**

Technisch gesehen ist es nicht einfach, die Plattformen zu durchkämmen und problematische Posts zu filtern. Dabei können auch unauffällige Beiträge gelöscht werden. So verschwanden auf einer Plattform Beiträge von Menschen mit einer Beeinträchtigung. Dies, weil die Betreiber der Plattform Personen mit einer Beeinträchtigung vor Diskriminierung schützen wollten und einen entsprechenden Filter einbauten. Wir kommen nicht darum herum, erzieherische Lösungsansätze zu verfolgen. Das ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit.